

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 55.

Montag, den 6. März 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der liberale Block.

Die Verständigung der Fortschrittlichen Volkspartei mit den Nationalliberalen über eine gemeinsame Kampfführung bei den kommenden Wahlen ist zwar im Osten leblich gegliedert, sie begegnet aber dafür im Westen und Südwesten großen Schwierigkeiten. Das Schauspiel, das sich jetzt bei der Reichstagswahl von Sieben-Brüderland abspielt, wo der agrarische Nationalliberale Gisevius mit dem fortschrittlichen Pfarrer Krell um das Erbe des verstorbenen Antisemiten Köhler kämpft, wird sich voraussichtlich bei den allgemeinen Reichstagswahlen in zahlreichen Kreisen wiederholen. So muß jetzt wieder die freisinnige Presse ihren Lesern kleinlaut die betrübliche Mitteilung machen, daß eine allgemeine Verständigung für Westfalen nicht zu erreichen war, und daß man sich insoweit gezwungen sehe, auf den Notbehelf der bezirksweisen Abmachungen zurückzugreifen.

Es ist verständlich, daß die liberale Presse keine Neigung zeigt, Vorgänge solcher Art in der Öffentlichkeit breit zu erörtern, denn sie sind wenig geeignet, den Kampfesmut und die Siegeszuversicht ihrer Anhänger zu erhöhen. Auf der anderen Seite ist aber auch die konservative Presse klug genug, die heimliche Arbeit ihrer Freunde nicht durch vorläufiges Siegesgeschrei zu stören. Ganz im Gegenteil schreit man über den angeblichen Abmarsch des Nationalliberalismus nach links, um die Erfolge der konservativen Bemühungen, die Fraktion Bassermann wieder nach rechts zu ziehen, tadellos zu verdecken. Einzig und allein die sozialdemokratische Presse hat ein Interesse daran, die Dinge zu sehen, wie sie wirklich sind.

In Wirklichkeit liegen nun die Dinge so, daß nicht nur der sagenhafte „Großblock“ von Bassermann bis Bebel, sondern auch der erstere zu nehmende „Kleinblock“ von Bassermann bis Naumann an der Unzuverlässigkeit der Nationalliberalen zu scheitern droht. Vergebens machen die Fortschrittler ein Zugeständnis nach dem andern, vergebens haben sie auch für die Militärvorlage gestimmt, bloß um sich nicht von den Nationalliberalen abdrängen zu lassen, vergebens versichern sie, von einem radikalen Freihändlertum weit entfernt zu sein, und sich mit bescheidenen Zollherabsetzungen zufrieden geben zu wollen. Mit all diesen Zugeständnissen, Erklärungen, Versicherungen vermögen sie das Mißtrauen und den Fraktionsegoismus der Nationalliberalen nicht zu bannen. Es zeigt sich immer deutlicher, daß einem großen Teil der Nationalliberalen Partei auch ein noch so sehr verdünnter Liberalismus fremd und unbehaglich bleibt, und daß ihr sogenannter Nationalliberalismus nichts weiter als ein ins Westdeutsche übertragener Konservatismus ist.

Diese Erscheinung entspricht durchaus geschichtlich begründeten Verhältnissen. Seit der Erweiterung Preußens und der Gründung des Reichs ist die konservative Partei die Regierungspartei der alten preußischen Provinzen gewesen, die Nationalliberale Partei aber die Regierungspartei der neuen Provinzen und der nicht-preussischen, in Berlin sogenannten „Basallenstaaten“. Als Regierungspartei stützte sich die Nationalliberale Partei vornehmlich auf die Großbourgeoisie sowie auf die ländliche Bevölkerung; alle unzufriedenen und oppositionellen Elemente aber sind ihr ferne geblieben; sie verteilten sich auf den Richterschen Fortschritt, das partikularistische Zentrum, später auch auf die Sozialdemokratie. Nichts ist charakteristischer, als daß selbst der Konservatismus in oppositioneller Maske, als „christlich soziale Partei“, sich den Eingang nach dem Westen zu erschleichen versuchte. Der Nationalliberalismus war und ist eben dort die Partei der wirtschaftlich und gesellschaftlich herrschenden Klasse. Im Gegensatz der schweren Großindustrie zu den eisenverarbeitenden Klein- und Mittelbetrieben stellte er sich auf Seiten der Schwerindustrie, im Gegensatz des Grundbesitzes zu den Konsumenteninteressen auf Seiten des Grundbesitzes, im Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Seiten der Arbeitgeber.

Die Fortschrittliche Volkspartei kann aber weder die Interessen der Verbraucher von landwirtschaftlichen Produkten, noch die Interessen der Kleinenindustrie völlig preisgeben, ohne sich vollständig zum Nationalliberalismus durchzumauern. Und hier ist wohl der eigentliche, tiefere Grund zu suchen, an dem die Einigung scheitert.

Die Aufstellung von liberalen Doppelkandidaturen wird in zahlreichen Kreisen die Folge haben, daß der Liberalismus aus der Stichwahl ausfällt. Ein Teil der so frei werdenden

Mandate dürfte der Sozialdemokratie zufallen, während die Schwarz-Blauen wohl den Löwenanteil der Beute nach Hause tragen werden. In welchem Maße die Reaktion und in welchem Maße die Sozialdemokratie bei dieser Auflösung der liberalen Erbschaftsmasse beteiligt sein werden, wird wiederum vom Liberalismus abhängen, nämlich davon, ob er in der entscheidenden Stunde sich für oder gegen den schwarz-blauen Block entscheidet.

Es ist durchaus notwendig, daß die Sozialdemokratie ohne alle Illusionen in die kommenden großen Kämpfe geht. Denn die nüchterne Einsicht in den Stand der Dinge sichert nicht nur die Einheitslichkeit ihrer Aktion im Wahlkampf selbst, sondern zeichnet ihr auch schon die Linien vor für ihr künftiges Verhalten. Sie bereitet damit nach dem großen Erfolg, den sie von den Wahlen selbst erwarten darf, schon wieder einen und noch viel größeren Erfolg vor. Sie wird durch ihr Verhalten zeigen, daß es ihr mit dem Kampfe gegen die konservativ-kerikale Reaktion bitter ernst ist. Wenn der Liberalismus aber für sein Teil den gleichen Beweis schuldig bleibt, wenn er durch seine Grundlosigkeit, Unzuverlässigkeit trotz sozialdemokratischer Hilfe die Schlacht verliert, dann wird eine Massenflucht aus seinem Lager beginnen und die Sozialdemokratie wird abermals reiche Beute halten.

Die oppositionelle Welle im bürgerlichen Liberalismus hat zahlreiche Elemente, die schon im Begriff waren, dem alten Feldlager den Rücken zu kehren, wieder zur liberalen Fahne zurückgeführt. Gewinnen die reaktionären Tendenzen wieder die Oberhand, so wird der jetzt zum Stillstand gebrachte Zerfallsprozess einen rapiden Fortgang nehmen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Das Schicksal der Privatbeamten-Versicherung.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Sprachrohr des verbissenen Scharfmacheriums, verkündet hocherfreut das Scheitern des Privatbeamten-Versicherungsgesetzes. Inwieweit hier der Wunsch als Vater des Gedankens spielt, ist momentan nicht zu sagen, aber es muß schon etwas an der Meldung sein. Das Scharfmacherblatt schreibt:

„Bleich nach Erscheinen des von der Regierung ausgearbeiteten Entwurfes setzte eine derartige Agitation für und wider das Gesetz ein, daß hierin schon eine Gefahr für den Entwurf lag. Im Laufe der Zeit haben sich dann die zur Versicherungsordnung geäußerten Wünsche auf Änderung oder Ergänzung derart gehäuft, daß die Regierung zu der Erkenntnis gekommen ist, daß angesichts der völligen Uneinigkeit in den interessierten Kreisen eine über einstimmige Aufhebung der Staatsleitung annehmbaren Grundlage fast ausgeschlossen ist. Auch die zahlreichen Protestversammlungen mit den in diesen vorgebrachten, weit über das Maß der Erfüllbarkeit hinausgehenden Wünschen haben mit dazu beigetragen, daß die Regierung, deren Entwurf fast ganz umgestaltet werden mußte, um nur die wichtigsten Forderungen zu berücksichtigen, auf seine Durchführung kaum Wert mehr legt. So scheint es nach dem augenblicklichen Stand der Dinge nahezu ausgeschlossen, daß das Gesetz dem jetzigen Reichstag überhaupt noch vorgelegt werden kann. Damit aber dürfte sein weiteres Schicksal vorderhand besiegelt sein.“

Daß die Rirdorf, Stinnes und Thyssen, diese typischen Vertreter kapitalistischen Übermenschtums, von vollem Anfang an Gegner dieser Versicherung waren, ist bekannt. Jetzt suggeriert man der Regierung, daß sie dieses Gesetz überhaupt nicht zustande kommen lassen darf, weil die Interessenten sich nicht einig sind. Dem Staatssekretär Delbrück wird der Weg gezeigt, auf dem er den Rückzug antreten kann. Bisher hat die dem Großkapital untertänige Presse meist nur mit der angeblich nicht zu ertragenden Mehrbelastung der Industrie operiert, jetzt auf einmal hat man einen junkelneigenen Einwand gefunden, eben die Uneinigkeit der Interessenten. Abirrigens handelt es sich bei dem Entwurf gar nicht einmal um eine Gesetzesvorlage, vielmehr sind es nur für die Regierung ganz unverbindliche Vorschläge, die der öffentlichen Kritik unterbreitet wurden. Trotzdem pfeift das Großkapital der wagemütigen Regierung bereits zurück. Aber das Schicksal eines noch gar nicht vorhandenen, dem Reichstag zur verfassungsmäßigen Verabschiedung auch noch gar nicht vorliegenden Gesetzentwurfes zu streiten, wäre müßige Arbeit. Zunächst kommt es nur darauf an, daß der Bundesrat eine solche Vorlage fertigstellt. Das aber ist es, was die Scharfmacher verhindern wollen, denn sie sagen sich, wenn der Stein erst soweit ins Rollen gebracht ist, kann er auch nicht mehr aufgehalten werden. Das Vorgehen der Scharfmacher ist die Antwort auf die unsagbar schändliche Haltung der antisemitischen Arrangeure des famosen „Privatbeamtentags“, der jüngst in Berlin verjammelt war.

Bündlerischer Terrorismus.

In Hartau im Wahlkreise Sagan-Sprottau wollten die Fortschrittler eine Wahlversammlung abhalten. Der Saal war fest gemietet. Wenige Stunden vor Eröffnung der Versammlung ging dem Einberufer vom Wirtle die Nachricht zu, er könne seinen Saal auf keinen Fall für die Versammlung zur Verfügung stellen; er sei von Mitgliedern des Bundes der Landwirte so drangsaliert worden, daß er große geschäftliche Nachteile befürchten müsse, wenn er seinen Saal hergäbe. — In einem anderen Orte wurde einem liberalen Führer von einem Bündler, der kampfesfreudig von der agrarischen Woche zurückkam, dringend geraten, das Dorf auf dem kürzesten Wege zu verlassen, oder es werde ein großer Hund auf ihn gehetzt werden.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

In der Generaldebatte zum Etat der Bauverwaltung sprach Genosse Hirsch am Sonnabend zunächst über die Frage des Bauarbeiterschutzes. Er verlangte gesetzliche Regelung dieser Materie und Anstellung von Arbeiterkontrolleuren; ferner brachte er eine Reihe von Fällen zur Sprache, aus denen hervorgeht, daß im Ministerium schwarze Listen über technische Beamte geführt werden. Endlich verbreitete er sich über die Bauplanungspläne für das Tempelhofer Feld. Der Minister verhielt sich zu der Frage der Arbeiterkontrolleure genau wie in früheren Jahren durchaus ablehnend. Schwarze Listen gegen technische Beamte wurden von ihm bestritten, und in der Frage der Bebauung des Tempelhofer Feldes vertrat er den rein fiskalischen Standpunkt. Im übrigen verlor sich die Debatte in Einzelheiten.

Am Montag wird die Etatsberatung fortgesetzt.

Das sozialpolitische Programm des Reichstages.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ wollen die Frage beantworten, wie der Reichstag das große, ihm für die laufende Tagung gestellte Programm abwickeln werde.

Der Reichstag habe noch eine ganze Anzahl sozialpolitischer Vorlagen zu erledigen, das Arbeitskammergesetz, das Hausarbeitsgesetz, die Novelle zur Gewerbeordnung und die Reichsversicherungsordnung mit den zu ihr gehörenden Entwürfen eines Einführungsgesetzes und eines Gesetzes über die Aufhebung des Hilfskassengesetzes. Ob, da namentlich auch noch andere umfangreiche Entwürfe, wie die neue Strafprozessordnung, dringender Erledigung harren und vielleicht noch Handelsverträge zu erwarten seien, überhaupt die Zeit vorhanden sein könne, alle diese sozialpolitischen Entwürfe, zu denen sich nach verschiedenen ausgesprochenen Wünschen auch noch der Entwurf über die Privatbeamtenversicherung geselle, zur Verabschiedung zu bringen, sei mehr als zweifelhaft. Bei einer derartigen Lage werfe sich von selbst die Frage auf, welche Taktik bei der Behandlung der Sozialpolitik im Reichstage eingeschlagen werden solle. Daß der Reichstag seine letzte Tagung vor den Neuwahlen nicht beende, ohne irgend eine sozialpolitische Frucht zur Reife gebracht zu haben, sei „wünschenswert“. Die Sozialdemokratie würde sonst für den nächsten Wahlkampf eine recht leicht zu handhabende Waffe erhalten. Da aber die zur Verfügung stehende Zeit das Zustandekommen aller sozialpolitischen Vorlagen unmöglich mache, sollte man sich einschränken und nur das, was möglich sei, fertigbringen. Hier komme nun in erster Reihe die Reichsversicherungsordnung mit den ihr zugehörigen Gesetzen in Frage. In der Kommission sei man so ziemlich zu von allen bürgerlichen Parteien gebilligten Kompromissen gelangt. Es sei möglich, daß noch vor Ostern die Kommissionsberatungen beendet würden. Wenn auch erst die zweite Beratung im Plenum nach Ostern beginnen sollte, sei immer die Möglichkeit gegeben, das große, für die deutsche Arbeiterversicherung einen Abschluß darstellende Werk vor Sessionschluß fertigzustellen. Vorbedingung dafür aber sei, daß die Mehrzahl der übrigen sozialpolitischen Entwürfe ausgeschrieben und ihre Erledigung auf die nächste Session vertagt werde. Alles zu erledigen, sei unmöglich, deshalb solle man aber die wichtigste sozialpolitische Vorlage fertig zu stellen suchen. Diese Taktik habe auch den Vorzug, daß ein Gesetzentwurf zustande käme, der den Arbeitern neue Vorteile unter Zustimmung sämtlicher bürgerlicher Parteien bringen würde. Es würde damit auch für die Wahlen auf diesem Gebiete wenigstens der Zusammenhalt aller bürgerlichen Parteien mit der größten Deutlichkeit klargestellt werden, was für die Bekämpfung der Sozialdemokratie von Nutzen sein könnte. Auf jeden Fall

werde es jetzt Zeit, daß man sich wegen der Taktik in der Erledigung des sozialpolitischen Programms nach irgend einer Richtung schlüssig werde. Es sei schon dagewesen, daß, wenn allzuviel auf einem politischen Gebiet zur Erledigung stand, gar nichts zustande kam. Das sollte hier aus den angegebenen Gründen unter allen Umständen vermieden werden.

Die Ausführungen sind von einigem Interesse, da sie ein neuer Beweis für die Tatsache sind, daß alle innerpolitischen Fragen in erster Linie unter den Gesichtswinkel gestellt werden: Wie werden sie auf die Sozialdemokratie wirken? Zugleich bereiten die Ausführungen darauf vor, daß ein sehr großer Teil des vorliegenden sozialpolitischen Programms unerledigt bleiben wird.

Die Hoffnung, mit der Fertigstellung der Reichsverfassung eine sozialpolitische Paradeschiff zu schaffen, das den bürgerlichen Parteien gute Wahlgeschäfte sichert, wird allerdings an der besseren Einsicht der Arbeiterklasse scheitern, die den „Wert“ bürgerlicher Kompromißarbeit längst erkannt hat.

Preußen als sozialer Musterstaat.

In seinem Wochenrückblick entwirft sich das Kanzlerblatt, daß Genosse Ströbel bei der Besprechung des Stats der direkten Steuern im preussischen Dreiklassenhaufe Preußen als unsozialen Staat bezeichnete. Als zwingenden Beweis für die Meinung, Preußen sei ein sozialer Musterstaat, führt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ u. a. an: „Die besten und schönsten Gebäude sind häufig diejenigen der Volksschule. Das ist eine soziale Tat, zu der der preussische Staat in keiner Weise gezwungen war, die er vollständig freiwillig geleistet hat.“

Soviel Naivität wirkt beinahe rührend. Allerdings vergißt das Kanzlerblatt zu erwähnen, daß es im Preußen der Kulturaufgaben auch heute noch Schulpaläste gibt, die Ställen und elenden Baracken gleichen und keineswegs „ordentlich, groß und lustig“ sind.

Germanische Rüstungen.

Nach der „Breslauer Zeitung“ soll am 11. März in Posen eine Zusammenkunft der deutschen Abgeordneten der Provinz Posen (der Volksparteiler, Nationalliberalen und Konservativen) stattfinden, auf der die Reichstagswahlen und die gemeinsame Stellungnahme gegen die Polen besprochen werden soll.

Konflikt in Lipp.

Vor kurzem teilten wir mit, daß dem Landtage für Lipp eine Regierungsvorlage unterbreitet wurde, die das materielle Verhältnis der „Krone“ zum „Staate“ neu regeln soll. Den Anlaß zu der Vorlage gab die 1898 übernommene Verpflichtung des zehnpromzentigen Zuzusses des Domaniums zu den Staatsbeamtengehältern und die Tatsache, daß diese Verpflichtung dem Fürsten lästig geworden ist. Nach der Regierungsvorlage soll das Domanium fürstliches Hausgut bleiben. Aus den Erträgen soll das Land eine feste Rente von jährlich 125 000 Mk. und von den Überschüssen — soweit sie 500 000 Mk. übersteigen, ein Viertel erhalten. Der Fürst soll jährlich 500 000 Mk. und von den Überschüssen drei Viertel beziehen. — Am Sonnabend erklärte der Landtagspräsident im Namen sämtlicher Abgeordneten und Parteien des Landtags — von 21 Sitzen zählt die Sozialdemokratie einen — der Landtag wolle die Vorlage nicht beraten, bis die Staatsregierung erklärt habe, daß dem Landtage eine gewisse Mitverwaltung am Domanium zugebilligt, der festgesetzte Zuzuschuß von 125 000 Mk. jährlich wesentlich erhöht und darüber hinaus das Land an den Nettoerträgen des Hausgutes über den Betrag von 500 000 Mk. zunächst mit 50 Proz. des Reingewinns beteiligt werde. Von der Staatsregierung wurde zu dieser Erklärung bis jetzt nicht Stellung genommen.

Konservative Werber bei den Heimarbeiter.

Unter dem Titel „Glendindustrie“ veröffentlicht der konservative „Reichsbote“ einen längeren Artikel der sich mit der Lage der Heimarbeiter beschäftigt. Von einer gesetzlichen Regelung der Heimarbeiterfrage will das konservative Blatt nichts wissen. Dagegen hat das Blatt einen anderen Plan. Es schließt seinen Artikel, wie folgt:

„Wohl aber scheint uns hier für die staatsbehaltenden Parteien ein dankbares Feld erfolgreichster Tätigkeit gegeben zu sein. Die armen Heimarbeiter bedürfen der Organisation. Das steht unzweifelhaft fest. Ohne verständige Organisation werden sie niemals eine Lohnaufbesserung erreichen, die ihnen ein menschenwürdiges Dasein schafft und ohne solche Lohnaufbesserungen werden die schönsten Gesetze für die Heimarbeiter ein Schlag ins Wasser sein. Darum empfehlen wir unseren Freunden dringend: „Sehet hin in die Bezirke der Glendindustrie, organisiert die bedauernswerten Menschen, die der unachtsamen und wohlwollenden Führung bedürfen, aber tut Geld in Euern Beutel und fordert von den Arzten dieser Armen zunächst nichts.“

Der konservative Plan, der in so dickes Wohlwollen für die Heimarbeiter eingewickelt ist, erscheint doch sehr durchsichtig: es handelt sich für die Konservativen darum, diese meist auf dem Lande zerstreut wohnenden Heimarbeiter für die konservative Sache einzufangen und zu Wahlhelfern zu machen, ohne daß man es durch geleglichen Heimarbeiterkongressen mit den kapitalistischen Kreisen verdirbt. Die Heimarbeiter werden einseitig genug sein, dieses Spiel zu durchschauen.

Schwedisches Schlachtvieh für Baden.

Der Stadtrat von Karlsruhe hat bei der badischen Regierung Genehmigung zur Einuhr von schwedischem Schlachtvieh gefordert. Er stützt sich auf die Tatsache, daß zurzeit große Transportzüge mit schwedischem Schlachtvieh über den Karlsruher Bahnhof nach der Schweiz geleitet werden. Schweden verfüge über Viehüberflüss; Seuchenfälle seien in den letzten 11 Jahren nur ganz vereinzelt aufgetreten. Es sei unbillig, schwedisches Vieh durch ganz Deutschland zu führen, ohne der Fleischnot im eigenen Lande entgegenzuwirken. Baden solle im Bundesrat für Öffnung der Grenzen gegen Schweden eintreten.

Patriotische Scharfmacherbrutalität.

Im Anschluß an eine „Times“-Melbung, durch die Anstand auf den deutschen Schiffswerten sei die Bauzeit der neuen deutschen Schlachtschiffe im Dreadnoughttyp be-

deutend länger geworden, als die der ersten Schlachtschiffe vom gleichen Typ, schreibt die „Post“:

„Die Meldung zeigt, wie rücksichtslos die Sozialdemokratie die nationalen Interessen aufs Spiel setzt. Sie dürfte ein bringender Grund sein, genau ebenso wie bei den Verfahrungsstellen und Arbeitern jede sozialdemokratische Koalition der Arbeiter in allen Militär- und Marinebetrieben und in allen Betrieben, die für die militärische Rüstung der Nation direkt oder indirekt zu tun haben, rücksichtslos zu unterdrücken. Die Sozialdemokratie hat es mit ihrem feiwoilen Ausstand dahin gebracht, daß wir heute im Falle eines Krieges zur See relativ wehrlos sind.“

Mit dieser unsinnigen Bemerkung und ihrer unsinnigen Schlussfolgerung bringt die Scharfmacher-„Post“ von neuem ihren Haß gegen das Koalitionsrecht überhaupt zum Ausdruck.

Professor und Kaiserhoch.

Der „Deutschen Tageszeitung“ werden aus Würzburg nähere Mitteilungen über die Kaiserrede des Professor Regel gemacht. Prof. Regel habe in seinem nicht hinfälligen vorbereiteten Trinkspruch nicht gesagt, daß es ein lästiger Zwang sei, ein Hoch auf den Kaiser ausbringen zu müssen, er habe nur im Hinblick auf den Kaiser die Bemerkung gemacht, ein Zwang, alles gut zu heißen, was der Monarch rede und tue, bestehe nicht; auch nicht für die Zukunft, „denn kein Eid dieser Art bindet uns.“ Diese deutliche Anspielung auf den Modernisteneid habe Aufsehen und Erregung hervorgerufen, da der Bischof von Würzburg der Feier bewohnte. Es handele sich also nur um eine starke Entgleisung des Prof. Regel.

Sozialdemokrat ist nicht

der, welcher am Biertisch räsonniert, sonst aber nichts tut, sondern

Sozialdemokrat ist nur

wer für die Arbeitersache täglich mitarbeitet, seiner Organisation angehört, vor allem aber auch

das Parteiblatt liest.

Ein richtiger Sozialdemokrat begnügt sich auch nicht damit, sein Parteiblatt zu abonnieren, er wirkt täglich, fründlich auch noch für dessen weitere Verbreitung. Er wirbt und agitiert unablässig für den

„Lübecker Volksboten“.

Die Opfer kolonialer Beglückung.

Amtlich wird gemeldet:

Der älteste Offizier der vor Bonape versammelten deutschen Seestreitkräfte, Fregattenkapitän Volkerthun, meldet aus Guam: Die Operationen gegen die Aufständischen von Bonape sind am 22. Februar beendet worden. Der ganze Stamm der Dschotatsch ist gefangen, 15 Männer, die am Aufstand vom 18. Oktober beteiligt waren, sind auf Grund des Urteils des Bezirksamtmanns vom 24. Februar händrechtlich erschossen worden. Alle übrigen Aufständischen, zusammen 426 Menschen, sind nach Naverrbannt und werden dorthin von „Titania“ übergeführt. Fast alle im Besitz von Eingeborenen befindlichen Gewehre sind abgeliefert. Die schnelle und gründliche Erledigung hat nachhaltigen Eindruck gemacht. Die Eingeborenen, bei denen starke Friedensneigung vorherrscht, empfinden die verhängten Strafen als gerecht. Der Bezirksamtmann und die Weissen der Kolonie halten die Anwesenheit von „Condor“ für ausreichend, und die übrigen Schiffe sind daher hier entbehrlich. 130 Mann der Flottillegruppe bleiben zurück. „Münberg“ geht nach den Trukinseln (Karolinen), um dort Urteil und Strafe bekannt zu geben. Alle Verwunden befinden sich auf „Emden“ zur Überführung nach Tjingtau. Ihr Befinden ist gut. Sie befinden sich in der Genesung und werden völlig wieder hergestellt werden mit Ausnahme des Obermatrosen Meyer, dessen linkes Bein amputiert werden mußte.

Bekanntlich war die Ursache der Erhebung auf Bonape die Heranziehung der Eingeborenen zu übermäßiger Zwangsarbeit — die Aufständischen hatten in einem Jahre gleich Zwangsarbeit für zwei Jahre zu leisten!

Diese Zwangsarbeit sollte die Ablösung sein für die Befreiung der Eingeborenen von feudalen Lasten ihren Stammeshäuptlingen gegenüber. Man wollte den Eingeborenen also eine Wohltat erweisen. Diese „Wohltat“ wurde so rücksichtslos durchgeführt, daß sie die aufs höchste erbitterten Eingeborenen zur blutigen Rebellion trieb. Die 15 Hinrichtungen vollenden nun die kolonialen „Wohltaten“, die man den dafür so unbegreiflich unempfindlichen Eingeborenen zugebracht hatte. Koloniale Eingeborenenbeglückung!

Ausbeuterangste.

Zur Frage der Errichtung von Lohnämtern für die Heimarbeiter hat der Zentralschub Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine aus Anlaß des Entwurfs eines Hausarbeitergesetzes auf Grund eines einstimmigen Beschlusses eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der er „schwerwiegende“ Bedenken gegen die geplanten Lohnämter zum Ausdruck bringt. Die Festlegung von Mindestlöhnen bedeute ein ungerechtfertigtes Eingreifen in den freien Unternehm-

betrieb. Nicht minder schwerwiegend seien neben den grundsätzlichen Bedenken die praktischen und auch die technischen Schwierigkeiten, die der Errichtung von Lohnämtern für die Heimarbeiter entgegenständen. Dazu kamen außerordentlich große Schwierigkeiten in der Art und Weise, nach der Tarifämter zusammengefaßt werden und entscheiden könnten. Der Zentralschub „erblickt in der Errichtung von Lohnämtern eine große Schädigung nicht nur der beteiligten Industrien, sondern nicht zuletzt auch rückwirkend gerade der Heimarbeiter, zu deren Gunsten man die neue Gesetzgebung plane.“ — Wie die Herren befragt sind um die Interessen der Heimarbeiter! Es ist einfach rührend!

Rußland.

Feier des Jubiläums der Bauernbefreiung. Sonnabend fand in ganz Rußland die festliche Feier des fünfzigjährigen Jubiläums der Bauernbefreiung statt. In allen Städten und vielen Dörfern wurden in den Kirchen aller Konfessionen, Moscheen und Synagogen feierliche Gottesdienste abgehalten, ferner Militärrevuen und feierliche Sitzungen, populäre Vorlesungen und Volksergänzungen wurden veranstaltet, Jubiläumsschriften und Porträts Alexanders II. verteilt und den Armen Freimittagessen verabfolgt. Die von den Bauern errichteten Denkmäler Alexanders II. wurden feierlich enthüllt. In allen Lehranstalten wurden Vorlesungen unter Vorführung von Lichtbildern, die einzelne Momente der Reformzeit darstellten, abgehalten. Viele Stadtverwaltungen, Semstros und Bauerngemeinden gründeten zum Andenken des Jubiläums Lehranstalten, Mächtigkeitsgesellschaften, errichteten neuen Schulen, Krankenhäuser und Volkshäuser und schufen Stipendien für arme Bauernkinder. — Diese Feiern sind die reine Komödie, solange das russische Volk noch unter der Gewaltherrschaft der zarischen Despotie schmachtet.

Türkel.

Der ewige Belagerungszustand. Die Regierung beabsichtigt, gleich nach der Budgetberatung der Kammer einen Gelehtwurf zwecks Verlängerung des am 30. März ablaufenden Belagerungszustandes um ein Jahr zu unterbreiten. Eine Majorität dafür ist gesichert.

Portugal.

Eine monarchistische Verschwörung gegen die portugiesische Republik. In der brasilianischen Hauptstadt Rio de Janeiro soll eine monarchistische Verschwörung entdeckt worden sein, die sich gegen die Republik Portugal richte und deren Anhänger den Weisungen eines Komitees folgten, das seinen Sitz in London habe. Das Blatt „Paiz“ veröffentlicht das Faksimile vertraulicher Briefe, welche die Verschwörer an ihre Sendlinge nach Lissabon richteten. Sie enthalten die Aufforderung, Theophil Braga und andere Minister zu ermorden. Der Polizeichef von Rio de Janeiro hat eine Untersuchung eingeleitet. Anscheinend auf Veranlassung des portugiesischen Gesandten ist eine Untersuchung gegen Monarchisten eingeleitet worden, die an einer Verschwörung gegen das Leben der portugiesischen Republikaner in Rio de Janeiro und der Mitglieder der vorläufigen Regierung in Lissabon beteiligt sind. Das Hisen der Fahne der Monarchie ist untersagt worden. Die Mehrzahl der in Brasilien lebenden Portugiesen ist, wie behauptet wird, königstreu; darunter befinden sich zahlreiche Großkapitalisten, die entschlossen sind, für die Wiederherstellung der Monarchie bedeutende Geldmittel herzugeben. Der portugiesische Minister Machado erklärte, es lägen offizielle Berichte vor, wonach die brasilianischen Behörden tatsächlich eine Untersuchung der Verschwörungsangelegenheit betrieben. Weiter teilte Machado mit, daß in Brasilien schon lange monarchistische Propaganda getrieben werde. Ein hier eingegangener, an den Minister des Auswärtigen ausgelieferter Privatbrief enthüllt die geheimen Machenschaften. Wahrscheinlich wird die Gefahr der Verschwörung sehr überschätzt. Bedenklich könnte sie werden, wenn sie mit großen Geldmitteln operieren und das Militär zu einer Schilderhebung veranlassen könnte. Ein Grund mehr für die Republik, das stehende Heer aufzulösen und sich auf das Volk allein zu stützen.

Amerika.

Schreckensregiment auf Haiti. In Cap Haiti droht eine Hungersnot auszubrechen, da die Landbewohner aus Furcht vor Gewalttätigkeiten keine Lebensmittel mehr in die Stadt bringen. Infolge der fortgesetzten Verhaftungen von Revolutionären, die paarweise aneinander gefesselt werden, sind die Gefängnisse überfüllt. Nur Militärpersonen und Fremde werden auf den Straßen geduldet. Von den einheimischen Bürgern halten sich die meisten aus Furcht vor den Repressalien der Machthaber verborgen.

Lärm im Kongress. Wider Erwarten wurden noch vor der Vertagung des Kongresses alle Etatsgesetze erledigt und vom Präsidenten unterzeichnet. Da der Versuch gemacht wurde das Gegenstückabkommen als Amendement zur Tarifkommissionsbill einzubringen, kam es im Senat zu einem derartigen Lärm, wie er sich dort seit Jahren nicht mehr ereignet hat. Die Tarifkommissionsbill wurde schließlich vom Senat angenommen und schließlich dem Repräsentantenhaus überwiesen. Das Amendement wurde nach stürmischer Obstruktion von dem Führer der Republikaner zurückgezogen. Gegen Mittag wurden die Zeiger an den Uhren beider Häuser zurückgedreht, um Zeit zur Diskussion zu gewinnen. Der Kongress wurde schließlich unter dem Gefange patriotischer Lieder geschlossen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 6. März.

Die aus Anlaß des Nihil-Kurses bestellte Literatur ist eingetroffen und kann in der Mittagszeit und abends bis 8 Uhr im Parteisekretariat, Johannisstraße 50, in Empfang genommen werden.

Mahnahmen gegen die Einschleppung der Maul- und Klauenseuche. Das hiesige Medizinalamt macht bekannt: Wie alljährlich, so ist auch in diesem Frühjahr ein größerer

Dritte. Nur elf Vereine zählen mehr als 3000 Mitglieder. Die größten Vereine weisen 16000 und 25000 Mitglieder auf.

Genossenschaftsvereine, die in der Hauptsache von Krankenkassen gebildet werden, bestehen 17 mit einem Umsatz im Jahre 1908 von 11 Millionen Fr. Arbeiter-Produktionsgenossenschaften wurden in der Berichtszeit nur 55 gegründet, von denen sich 29 wieder auflösten, sodass jetzt noch 28 mit 2800 Mitgliedern und rund 2 Millionen Fr. Umsatz bestehen. Eine eigentümliche Bildung sind die Hafenarbeitergenossenschaften, "Nations" genannt, die teilweise ins 18. Jahrhundert zurückreichen; 27 von 29 bestehenden haben ihren Sitz in Antwerpen. Im ganzen wurden 41 gegründet; ein erheblicher Teil ist also auch hier wieder eingegangen. Von 100 gegründeten Kreditgenossenschaften waren 1908 noch 45 vorhanden.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 4. März.

Bauern-Butter Pfd. 1,25-1,85 Mk., Meierel-Butter Pfd. 1,45 Mk., Käse - Mk., Enten 3,00-4,00 Mk., Hühner 2,00-3,00 Mk., Küken Stk. 2,00-3,00 Mk., Tauben Stk. 0,55-0,65 Pf., Gänse Pfd. -0,60 Mk., Fildgans 2 Mk., Schinken Pfd. 0,00-0,95 Mk., Schweinestopf Pfd. 55-60 Pf., Wurst Pfd. 1,20-1,40, Eier 8 Stück 60 Pf., Heringe 8-10 Pf., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen 1,00-1,10 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00-2,00 Mk., Schlei Pfd. 1,40-1,60 Mk., Brachsen -75 Pf., Hechte Pfd. 70-80 Pf., Barsche Pfd. 70-80 Pf., Aal Pfd. -1,00 Mk., Karasfische Pfd. - Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl, d. Kopf 0,30-0,60 Mk., Kohl 100 Pfd. - Mk., Gurken, 100 Pfd. - Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. - Mk., Apfel- verschiedene pr. 100 Pfd. - Mk., Pfäumen, pr. 100 Pfd. - Mk., Rirschen Pfd. - Pf., Kartoffeln pr. 10 Pfd. 50-70 Pf., Mand Pfd. 70 Pf.

Hamburger Steinschlag-Viehmarkt vom 4. März. Auftrieb 1894 Schweine. - Markt reger. Markt geräumt.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 56,- bis 52,00 (45,- bis 45,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240-260 Pfd., Tara 20 Proz., 55,00 bis 56,00 (48,50 bis 44,00) Mk. Mittelware, von 200-240 Pfd., Tara 22 Proz., 55,00 bis 56,00 (48,00 bis 48,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 55,00 bis 56,00 (48,00 bis 48,50) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,00 bis 54,00 (38,00 bis 41,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 51,- bis 52,00 (41,- bis 41,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 46,00 bis 50,00 (36,50 bis 39,00) Mk.

Literarisches.

H. Hartlebens Volks-Atlas, enthaltend 86 Hauptkarten und 84 Nebenkarten in 125 Kartenteilen. Mit Text und alphabetischem Namenregister. Fünfte, vollständig umgearbeitete und erneuerte Auflage. Groß-Folio-Format. Das Werk ist komplett in 25 Lieferungen zu 50 Pfg. In Halbfranzband gebunden 15 Mk. Wie wohl kaum ein anderes Werk des gleichen Gebietes ist **H. Hartlebens Volks-Atlas** dazu berufen, als Nachschlagewerk und Berater in allen geographischen Fragen und als Hilfsmittel für den Unterricht in der Erdkunde den weitesten Kreisen zu dienen. Denn mit Verlässlichkeit und Schönheit der Ausführung vereint sich hier Wohlfeilheit im Preise, so daß wirklich jedermann diesen „Volks-Atlas“ im wahren Sinne des Wortes erwerben kann. Daß dieser Atlas in keiner Beziehung hinter anderen bedeutend teureren Kartenwerken zurücksteht, wird selbst die genaueste Prüfung nicht widerlegen können. Schon ein flüchtiger Blick in den Atlas zeigt, daß die einzelnen Karten, in vielen Farbentönen sich abtufelnd, klar und deutlich auf vorzügliches Papier gedruckt

find. Auch in den Details der Karten finden sich alle Wünsche erfüllt. In der Terraindarstellung erscheinen die Erhebungen in der bekannten Raupenform mit Gefällsachsen dargestellt, alle Verkehrslinien sind dem neuesten Stand entsprechend ersichtlich gemacht, die Topographie eine vorzügliche. Das Schlagwortregister von über 26 000 Namen ist ein Musterbeispiel korrekter und verständnisvoller Arbeit, jeder Name läßt sich sicher und schnell auf den Karten auffinden. Was den Inhalt der Karten betrifft, so hat nicht nur jedes für die Erdkunde einigermaßen bedeutsame Stück unseres Himmelkörpers eingehende Berücksichtigung erfahren, sondern in der ausgedehnten „Allgemeinen Abteilung“ finden sich auch Karten physikalischer, geologischer und astronomischer Charakters. Der Preis von 15 Mk. für den prachtvoll gebundenen Atlas ist gewiß nicht hoch zu nennen, die Ausgabe in 25 Lieferungen a 50 Pfg. ermöglicht aber jedem, dem selbst diese einmalige Ausgabe zuviel erscheint, den Bezug der 5. Auflage von „H. Hartlebens Volks-Atlas“.

Briefkasten.

Streitende. Uns ist nicht bekannt, wo das Kaisermandat im Jahre 1908 stattfand. Vielleicht weiß es ein unserer Leser?
Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung-Verleger: F. H. Sch. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. We auf Erfolg rechnet, inseriere in „Lübecker Volksboten“.

Todes-Anzeige.

Am Freitag abend 8 Uhr entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit unsere innigstgeliebte Tochter

Louise

im zarten Alter von vier Monaten. Tief betrauert von ihren Eltern und Großeltern.

Friedrich Körting und Frau geb. Möller.

Freitag abend 8 1/2 Uhr starb nach kurzer schwerer Krankheit unsere liebe süße

Edna

im zarten Alter von 11 Monaten. Dieses zeigen tiefbetäubt an.

Paul Hattenbach und Frau Ida geb. Meyer.

Allen Bekannten und Verwandten besten Dank für die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer kleinen

Margarethe. E. Bähnecke und Braut. A. Schmöde.

Renjefeld, den 4. März 1911.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Hochzeit sagen allen unsern herzlichsten Dank.

F. Boldt u. Frau, geb. Nothmann.

Mehrere Zwei- u. Dreizimmer-Wohnungen mit Boden, Keller, Garten und Stall an der Brandenburger Chaussee sind zu sofort oder später zu vermieten. Preis 160 bis 180 Mark im Jahr. Auskunft erteilt der Ziegeleimeister auf d. Ziegelei Brandenbaum bei Lübeck.

Zu vermieten 3-Zimmer-Wohnung mit allem Zubehör, Koch- u. Leuchtgas. Dafenstraße 14a.

Eine kleine 2-Zimmer-Wohnung zum 1. April zu vermieten. Preis 160 Mk. Krausestr. 13a.

Umständeh. z. 1. April eine freundl. abgeseh. Drei-Zimmer-Wohnung (1. Et.) zu verm. Näh. Werderstr. 16, II.

Arbeitsburche oder jüngerer Arbeiter

zu sogleich gesucht. Ludw. Hartwig, Oberstraße 8.

2 guterhaltene Bilder zu kaufen gesucht. Angebot unter L P 12 an die Exped. dieses Bl.

Ein Schloßkorb ungefähr 60x40 cm groß, zu kaufen gesucht. Näheres Wühlerstr. 91/8.

Ein großer Myrtenbaum zu verkaufen. Baulstraße 5.

Ein Konfirmandenanzug billig zu verkaufen. Rakeburger Allee 13, I.

1 Kinderwagen u. Sportwagen zu verkaufen. Woller, Gr. Allee 15, I.

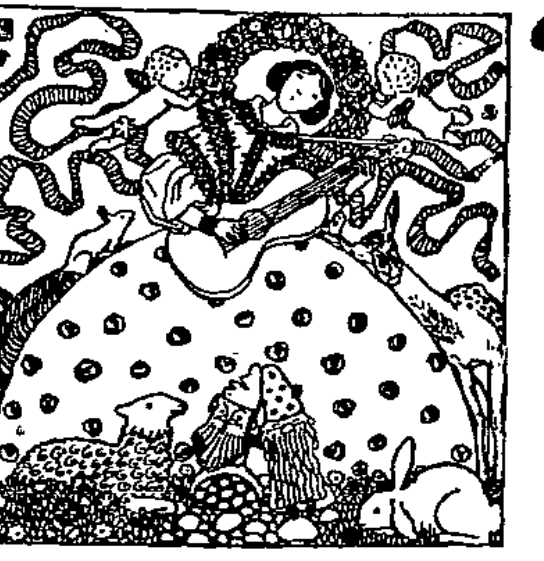
Plakate

betr. Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli d. Js. bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genussmitteln sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der

Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Arbeiter-Bildungs-

Mittwoch, den 15. März 1911 Saalöffnung 3 1/2 Uhr. Anfang nachmittags 4 Uhr



Musikvorträge für die Jugend

Mitwirkende: Käthe Hyan, Berlin (Gesang) Edith Weiss, Hamburg, (Klavier). Eintrittspreis 10 Pfg. Kinder unter neun Jahren haben keinen Zutritt.

Der Vorstand. Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.

KÄTHE HYAN, die sich als eine eigenartige Vortrags-Künstlerin in den letzten Jahren einen Namen gemacht hat, hat sich für ihre Veranstaltungen eine besondere selbständige Form geschaffen. Sie gibt selbst die nötigen Erläuterungen zu den Liedern, die sie zur Laute und in Kostümen entsprechenden Stils vorträgt. Es kommen zum Vortrag: „Lieder der fahrenden Fräuleins“ im Volkston des Mittelalters, ferner eine Anzahl origineller Handwerksburschenlieder, weiter Lieder aus der Biedermeierzeit, alte Gesellschaftslieder und Couplets, teils ernst, teils heiter, alles aber in bestimmten Zusammenhängen geordnet, so dass ein Stück Kulturgeschichte am Hörer vorüberzieht.

Verein Lübeck

Donnerstag, den 16. März 1911 Saalöffnung 8 Uhr Anfang abends 8 1/2 Uhr

Lieder-Konzert

Käthe Hyan aus Berlin. = Lieder zur Laute. = Eintrittspreis 30 Pfg. einschliesslich Liedertexte. Rauchen nicht gestattet.

Der Vorstand. Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.

59 bis 1,50 cm hoch, pro Stück 5 bis 20 Pfg. C. Evers, Weislinger Allee 49, I.

Krokos, Tulpen sow. Stazinthen, Dg. 20, 30, 40 Pfg., 100 Stk. billiger, für Balkon, Gärten u. Gräber billig. Johannisstraße 66, I. r.

Epur für die Wäsche das Beste! 1/4 Pfund 60 Pfg 1/2 Pfund 30 Pfg

Unbedingt das einfachste Waschmittel

Generalvertreter: Karl Hensel, Hamburg, Gerhofstr. 32.

Sargmagazin. Einkleidung aller Art. Billige Preise. Uebernahme ganzer Beerdigungen. H. Horenberg, Paulstr. 16.

Schweine reichlich. 22 Züchterhäuser 22. Rindfleisch Schweinefleisch 60 Pfg.

Mittantentklub „Freiheit“

Gr. theatralisch. Abend am Dienstag, den 7. März im Konzerthaus „Flora“, Nebenhofstraße. Zur Aufführung gelangt: „Golgotha“. Soziales Lebensbild aus dem Bergarbeiterleben in 1 Vorpiel u. 3 Aufzügen. Vorspiel Verkauf. 1. Aufzug: Ein Kampf um die Liebe. 2. Aufzug: Die Rache des Bergheeren. 3. Aufzug: Der Knapen Schwur. Kassöffn. 7 1/2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pfg. Kinder die Hälfte. Programm frei. Das Komitee.

HANSA THEATER

Bis Sonntag, 12. März: Täglich 8 1/2 Uhr Letzter Spielplan dieser Saison. Gastspiel. Die größte Neuheit der Internation. Variété-Bühne La puissance de la musique (Die Macht der Musik.) Die Wunderkinder Edith Althoff, 8 Jahre alt, Hertha Althoff, 5 Jahre alt. Bachus und Meallen, Exzentriques-Tänzer. Bert de Brun-Trio, die besten Reck-Gymnastiker der Welt! Sowie die übrigen Attraktionen. Vorverkauf bei Sager. Die noch ausstehend. Vorzugskarten haben nur noch wochentags, vom 6. bis 11. März Gültigkeit.

Neues Stadttheater.

Dienstag, 7. März, 7 1/2 Uhr. Uraufführung! M O D E L L E. Schauspiel von Johannes Tralow. Mittwoch, 8. März, Abds. 8 Uhr. Bei kleinen Preisen! Zum letzten Male! Die Förster-Christl. Operette von-Georg Farno. Donnerstag, 9. März, Abds. 7 Uhr. 7. Vorst. im Wagner-Zyklus! Gewöhnliche Opern-Preise! Gastspiel d. Kgl. Kammerängers Alois Pennarini vom Hamburger Stadttheater. Siegfried. Zweiter Tag aus d. Bühnenfestspiel Der Ring des Nibelungen.



Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfd. 1.45 Mk.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 8. März 1911 abends 8 Uhr. in der Stadthalle: 23. volkstümliches Konzert (Orchester 52 Musiker.) Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth. Opern-Abend. Zur Aufführung kommen u. a.: Ouverture zu „Don Juan“ W.A. Mozart Phantasie aus „Bohème“ G. Puccini. Vorspiel zu „Lohengrin“ R. Wagner. Potpourri a. „Fra Diavolo“ D. Auber. Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Deutsche Junker als „Kulturträger“ in Rußland.

Es ist noch in aller Erinnerung, welche ein Wutgehens es in der deutschen Junkerpresse anstieß, als die revolutionäre Bewegung der lettischen und estnischen Bauern die Privilegien der baltischen Junker ernstlich bedrohte. In der blutrünstigsten Weise wurde gegen die „Anführer“ und „Anstifter“ gehetzt und die unerschütterlichen Berichte über die Leiden der junkerlichen „Kulturträger“ im fernen Rußland verbreitet. Jetzt ist endlich diesen Vertretern der „Kultur“ und „Humanität“ die Moske der Heuchelei vom Gesicht gerissen und die Rolle, die sie in den Revolutionsjahren in den Ostprovinzen gespielt, vor der Öffentlichkeit dargelegt worden. Die kürzlich beendeten Debatten über die Greuel der Gegenrevolution in den baltischen Provinzen haben auch in dieser Frage Klarheit geschaffen und den Annemärchen der reichsdeutschen Verteidiger der baltischen Junker ein Ende gesetzt.

Die sozialdemokratische Interpellation, die einer umfangreichen, auf reichhaltigem Material gestützten Anklageschrift ähnlich sieht, wurde schon im Mai 1908 in der Duma eingebracht. Sie gelangte aber erst, nachdem sie alle Klippen und Risse der Kommissionsberatung passiert hatte, zur Verhandlung, und auch das nur infolge des ständigen Drängens der sozialdemokratischen Fraktion. Infolge dieser Verdrängung hat sie zwar einen Teil ihrer früheren Aktualität eingebüßt. Indessen waren die stattgefundenen Debatten von enormer politischer Bedeutung, da sie nicht nur die Greuel der Strafexpeditionen, die verbrecherischen Handlungen der Regierungsbehörden, die Missetaten der baltischen Junker zur Sprache brachten, sondern auch den Schleier fortzogen, von den furchtbaren wirtschaftlichen und rechtlichen Zuständen, in welchen sich die lettische und estnische Bauernschaft dank den Privilegien und der wirtschaftlichen Übermacht der Junker befindet. Den besten Beweis für die enorme Wichtigkeit dieser Debatte erbrachten die Abgeordneten der baltischen Junker selbst, indem sie gleich bei Beginn dieser Erörterung, gleich nachdem der Abgeordnete der estnischen Bauern von der wirtschaftlichen Bedrückung zu sprechen begann, den Schluß der Debatte, mit Hilfe des Duma-Präsidenten und der Rechts- und Wirtschafts-Abgeordneten, durchsetzten. Dies Manöver mißlang ihnen aber infolgedessen, als der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, der Rigauer Abgeordnete Dr. Freedkahn, in seinem Schlusswort mit den junkerlichen „Kulturträgern“ gründlich abrechnete, und die Idylle zerstörte, die die Vertreter der baltischen Großgrundbesitzer, Baron Böckerich, Baron Schilling und der Abg. Brakmann von den Zuständen in den baltischen Provinzen entworfen hatten.

Nach der Darstellung des Genossen Freedkahn, die sich auf das offizielle statistische Material stützt, ergibt sich folgendes Bild der Agrarverhältnisse in den russischen Ostprovinzen: $\frac{2}{3}$ des gesamten Areal befindet sich noch heute in den Händen der adeligen Großgrundbesitzer, die nur einen geringen Bruchteil der örtlichen Bevölkerung darstellen. Mehr als 600 Güter befinden sich in den Händen von 162 Adelsfamilien, von denen jede im Durchschnitt über zirka 12 000 Hektar verfügt. $\frac{1}{2}$ des Areal ist von den Bauern, die bekanntlich in den baltischen Provinzen ohne Land „beireit“ wurden, zu immensen Preisen, die von den adeligen Bodenwucherern

noch immer mehr hinaufgeschraubt werden, angekauft worden. Während die russischen Bauern nur zirka 27 Rubel pro Hektar zahlen mußten, haben die baltischen Bauern dafür 75 Rubel gezahlt, was zur Folge hatte, daß ihr Besitz noch heute mit ungeheuren Schulden belastet ist. Eine furchtbare Ausbeutung der Pächter und landwirtschaftlichen Arbeiter, von denen die letzteren fast $\frac{1}{2}$ der Bevölkerung ausmachen, enorme Privilegien der Junker auf dem Gebiete des Wald- und Jagdrechts, wie sie sonst fast nirgends in Europa zu finden sind, vervollständigen das Bild der wirtschaftlichen und rechtlichen Unterdrückung der eingeborenen Bevölkerung durch die deutschen Junker, die sämtliche Organe des öffentlichen Lebens dieser Provinzen in Händen halten.

Der furchtbare wirtschaftliche Druck, der auf der eingeborenen Bevölkerung lastet, läßt es vollkommen erklärlich erscheinen, daß die revolutionäre Bewegung vor 1905 in den Ostprovinzen starke Fortschritte machte und von den Städten auch auf das ländliche Land übergriff. Die sozialdemokratische Parteiorganisation, die die Bewegung leitete, und die von vorne herein festlichen Erweisen vorzuziehen und die spontane Empörung der Massen in das Best wohlüberlegte politische und wirtschaftliche Aktionen zu leiten. Aber das provokatorische Vorgehen der Junker, die ihre Schläger in bewaffnete Festungen verwandelten und sich mit einem Heer von Söldnern umgaben, die Überfälle auf die friedliche Bevölkerung ausführten, weckte den aktiven Widerstand der Massen, die nach dem Ausbruch der Bauernrevolte in den innerrussischen Gouvernements den Zeitpunkt für gekommen erachteten, das Joch der Sklaverei abzuwerfen und die Sümpfe des bewaffneten Vorgehens der Junker zu zerbrechen. Ein Teil der adeligen Schläger ging in Flammen auf, um den Überfällen durch die Selbstmordhorden ein Ende zu setzen. Das Leben und der Besitz der Adeligen aber wurde gesichert, manchmal sogar gegen den Willen der aufständischen Bauern. So wurden im Dezember 1905 gegen 100 Adelige, die von den Bauern gefangen genommen waren, auf Befehl des Zentralkomitees der lettischen Sozialdemokratie in Freiheit gesetzt. Wie verhielt sich aber der baltische Adel, als nach der Niederwerfung des Moskauer Aufstandes die entmenschten Horden General Doleffs das Land überschwemmten? Viele von ihnen stellten sich in den Dienst dieser Horden, leisteten die Exekutionen der Strafexpeditionen, stellten Proskriptionslisten zusammen, nach denen Hunderte von Personen niedergeschossen wurden, säicherten Bauernhöfe ein, begünstigten die entsetzlichen Rohheitsakte der blutigen Soldateska. Genosse Freedkahn sagte bei der Begründung der Interpellation: „Nirgends, weder in Moskau noch in Kronstadt und Swenborg wurde eine solche Grausamkeit und Unmenschlichkeit gezeigt, wie bei den Strafexpeditionen in den Ostprovinzen. Die Schuld an dieser Unmenschlichkeit schreibe ich dem baltischen Adel zu. Viele Mitglieder dieser ehrenwerten Korporation nahmen persönlichen Anteil an den Strafexpeditionen, viele von ihnen hielten mit eigenen Händen Leute nieder und marterten sie. Ich habe ein Verzeichnis der Namen der baltischen Adligen vor mir, die in der Interpellation erwähnt sind. Es sind mehr als 55 Personen, mehr als 50 Familien. Ich habe Duzende von Briefen Betroffener, in denen Sie Hinweise auf die unmenschlichsten Grausamkeiten finden, die diese Vertreter des Adels mit den unmenschlichsten, furchtbarsten Inquisitoren des Mittelalters auf eine Stufe stellen.“ Ähnlich äußerte sich der gemäßigste estnische

Bauernabgeordnete Schulzenberg: „Die Gutsbesitzer spielten bei der Niederwerfung der Bewegung die führende Rolle. Wohin sie Strafexpeditionen verlangten, wurden dieselben abgeleitet, an wen sie hinstießen, der wurde ohne Verhör und Gericht bestraft; die Proskriptionslisten waren schon früher angefertigt worden.“ Das Ergebnis dieses Wütens der junkerlichen Drängmaschienen waren: 1200 Personen die ohne Verhör und Gerichtspruch niedergeschossen wurden, 300 Bauernhöfe, die von den Strafexpeditionen angezündet wurden, tauende Personen, die auf Grund der Angaben der Junker und ihrer Spitzel ins Gefängnis geworfen und den furchterlichsten Folterungen ausgesetzt wurden. Die Richtigkeit dieser Angaben konnte in der Duma nicht bestritten werden. Der Vertreter des Justizministeriums, der Ministergehilfe Werjowkin, opponierte bloß gegen einige Einzelheiten; die Vertreter der baltischen Adligen konnten nur einige unwichtige Details kritisieren und berichtigungen; dafür aber stellte sich der Kriegsminister in seiner schriftlichen Antwort auf den Standpunkt, daß es sich hier um keinen Rechtsstreit, sondern um eine Machtfrage handelte. Die Truppen hatten die Macht in Händen, handelten vollkommen richtig, würden auch in Zukunft ebenso handeln! Dadurch bestätigte der Kriegsminister die Richtigkeit der in der Interpellation angeführten Tatsachen, die Richtigkeit der Niedermechtung von Hunderten friedlicher Personen, die Richtigkeit der unmenschlichen Folterungen im Rigauer „Museum“ und in anderen Quartierhöhlen. Die Richtigkeit dieser Anklagen wurde auch bestätigt durch die Haltung der junkerlichen Opponenten, die es unter ihrer „Würde“ erklärten, die sozialdemokratischen Anklagen zu beantworten!

Aus den parlamentarischen Kommissionen.

Reichsversicherungsordnung.

Am der Sitzung der Kommission am Freitag wurde die Beratung über die Selbstverwaltung zu Ende geführt. Über die Anstellung der Dienstordnungen ist in § 365 die Anordnung getroffen, daß bei Erlass der Dienstordnungen die volljährigen Anstellten der Kasse zu hören sind. Unternehmer und Arbeitervertreter im Vorstand müssen über die Dienstordnung einig sein. Der Vorstand hat dem Oberversicherungsamt diejenigen Bestimmungen der Dienstordnung, über welche sich die beiden Gruppen im Vorstand oder im Ausschuss nicht geeinigt haben, unter Angabe des Stimmverhältnisses zu bezeichnen. Über diese Bestimmungen entscheidet das Oberversicherungsamt; im übrigen darf es der Dienstordnung die Genehmigung nur erteilen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, insbesondere, wenn Zahl oder Besoldung der Angestellten im auffälligen Mißverhältnis zu ihren Aufgaben steht. Wird die Genehmigung verweigert, so entscheidet auf Beschwerde die oberste Verwaltungsbehörde. Das gleiche gilt für Änderungen der Dienstordnung. Da die Dienstordnung im wesentlichen den Inhalt des Dienstvertrages wiedergibt, so ist die Festlegung der Dienstordnung von großer Bedeutung. Durch die neuen Bestimmungen wird der Einfluß der Kassenmitglieder erheblich geschwächt. Die Bestimmungen unserer Genossen, hier eine Änderung herbeizuführen, blieb erfolglos, da die bürgerlichen Parteien geschlossen für die reaktionäre Bestimmung eintraten. Gegen den Widerpruch unserer Genossen wurde auch § 369 angenommen, der dem Vorstand mit Genehmigung des Oberversicherungsamtes gestattet, Beamte auf Lebenszeit mit dem Rechte von Staatsbeamten anzustellen. Da ferner mit Kassa mit mehr als 10 000 Mitarbeitern das Oberverste-

Der Mexikaner.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(10. Fortsetzung.)

Wie ein kleiner, aus einem Feenmärchen herausgeschnittener Zauberbaum lagen zuweilen solche Stellen, mit dem besengten Wasserpiegel in der Mitte und von Palmen und Laubholzgruppen, von Ranken und Lianen wie in einem Rahmen eingefasst, und ein paar mal bemalte Pablo selber den Lauf des Kanoes, damit sie nicht zu rasch an solch zauberischem Bild vorübergeführt wurden.

Allen auch das Materielle verlangte zuletzt sein Recht. Die Natur schien allerdings all ihre Reichtümer hier auf diese eine Strecke verschwendet zu haben, aber die Reisenden waren trotzdem hungrig und durstig geworden, und wenn sie auch Lebensmittel und Wein im Kanoe mitführten, fehlte es ihnen doch an Früchten. Besonders Madame Vockenheim verlangte danach, Pablo aber winkte ihr zu, sich nur noch einen Augenblick zu gedulden, denn sie würden, wie er mit der Hand zeigte, bald an eine Hütte am Ufer kommen, wo sie deren reichlich fänden.

Sie hatten sich schon so an ihren krummen Diener gewöhnt, daß sie dessen Zeichen so gut verstanden, als ob er mit Worten zu ihnen gesprochen hätte. Übrigens wollte die Frau auch die Bestätigung, ob es an der nächsten Hütte Früchte gäbe, von dem Indianer hören; dieser lachte nur und nickte mit dem Kopf. Es mochte ihm komisch vorkommen, daß es da keine geben sollte, denn die Leute lebten ja fast einzig und allein davon.

Malerisch genug sahen die einzelnen Wohnungen der Eingeborenen aus, die sie hier und da am Ufer getroffen hatten, von Bambus errichtet, mit Palmreisfäden oder Bittern gedeckt, und nackte und halb nackte braune Gestalten bemerkten sie auch hier und da unten am Ufer, teils um Wasser zu holen, teils um zu fischen, teils um sich zu baden. Solchen Plagen darf man aber, einen so romantischen Anblick sie auch haben mögen, nicht zu nahe kommen; denn der Schmutz in diesen Wohnungen ist wirklich entsetzlich, und Vockenheim selber hatte schon genug von den kalifornischen Indianern in dieser Hinsicht gesehen, um kein großes Verlangen nach dem Besuch einer dieser Baracken zu fühlen. Außerdem durften sie sich auch nicht zu lange aufhalten, denn jenseits verschwand das letzte Kanoe ihrer kleinen Flotte hinter der nächsten Biegung des Stromes.

Der Indianer sagte ihnen übrigens, daß die kleine

Hütte, die sie jetzt vor sich sahen, die letzte am Ufer des Stromes wäre, wo sie Früchte bekommen könnten, da der Chagres von hier ab durch lauter sumpfiges Land ströme. Pablo hatte mit seinem Ruder vorn den Bug auch schon herumgeworfen, daß sie jetzt gerade darauf zu hielten, und wenige Minuten später schauerte derselbe den weißen Schlamm.

Pablo sollte nun, da er vorn im Kanoe saß, hinaufgehen und Früchte holen; er lachte aber verlegen und deutete auf seinen Mund. Wie konnte der arme Teufel dort sagen, was er haben wollte? Vockenheim selber aber hatte keine Lust, das Kanoe zu verlassen, und der Indianer wurde deshalb beordert, hinaufzulaufen und mitzubringen, was er rasch finden könne, auch womöglich einen Trunk Milch für die Frau oder wenigstens ein paar Kokosnüsse. Vockenheim gab ihm dazu einen spanischen Dollar.

In dem schwankenden Kanoe konnte er aber nicht gut über die vor ihm Sitzenden wegsteigen, noch dazu da die Laube, unter welcher die Frau ihren Platz hatte, sein Aussteigen hinderte. Pablo stieß deshalb das Kanoe wieder zurück und suchte es seitwärts an das Land zu bringen, was ihm auch endlich gelang. Dann sprang er hinaus in das Schlammwasser, ob es ihm auch fast bis an die Hüfte ging, und hielt es fest, damit der Indianer rasch und leicht hinaus und nachher die Früchte auch bequem einladen konnte.

Das Ufer war hier bis an den Strom hinab bewaldet, und nur ein schmaler, ausgehauener Pfad führte an der Uferbank hinauf, in dem der Indianer gleich darauf verschwand, um seinen Auftrag auszuführen.

Pablo indessen, der noch immer im Wasser stand und den Rand des Kanoes feilhielt, drehte es jetzt so, daß es mit dem Stern oder Hinterteil mehr aus Ufer kam, damit der Steuernde, wenn er zurückkehrte, augenblicklich seinen Platz wieder einnehmen konnte. Vockenheim, der beglücklich angedreht in dem kleinen Fahrzeug lag, sah ihm zu und nickte beifällig mit dem Kopf. Die Sonne war schon hinter den Baumwipfeln verschwunden und die Luft dadurch kühl und labend geworden. Und wie still und ruhig die Welt hier schien, kein Lüftchen regte sich, kein Laut wurde gehört, auch keines der übrigen Kanoes besaß sich mehr in Sicht — sie mußten ihnen ein richtiges Stück vorausgekommen sein — aber was schadete das? Vor morgen früh fuhr der westindische Dampfer schwerlich von Colon ab, oder wenn doch, dann lag ja doch noch der nordamerikanische dort, der jedenfalls die Postkiste von San Franzisko erwarten mußte. Den erreichten sie gewiß, und

konnten dann ihre Reise mit diesem fortsetzen. Gelegenheit nach Deutschland gab es von da ab genug, und er war unter jeder Bedingung in Sicherheit.

Still vor sich hin lachte er dabei, wenn er an seinen alten Freund aus den Wäldern, den Mexikaner, dachte wie der ihn jetzt in Lima suchte und wie wütend er sein würde, wenn er endlich erführe, daß er da draußen auf dem Meere schwimme. Nach Deutschland möchte er ihm dann folgen; wo sollte er ihn da finden? Und wenn er ihn wirklich fand, welches deutsche Gericht hätte sich auf eine so wahnsinnige Anklage hin seiner angenommen?

Ganz in seine Gedanken vertieft, hatte er gar nicht mehr auf den stummen Diener geachtet, der indessen an Bord gestiegen war, das Kanoe etwas heranzog, dann das Ruder in die Hand nahm und nun langsam den Platz einnahm, den der steuernde Indianer vorher inne gehabt. Jetzt setzte er ruhig das Ruder gegen die Uferbank und ließ das Kanoe leise in den Strom hinaus und vom Lande ab.

„Salt, Pablo,“ sagte Vockenheim, ohne aber seine Stellung noch zu verändern, „nimm Dich in acht: wir werden flott, und ich glaube, Du weißt nicht besonders mit einem Kanoe umzugehen.“

Pablos Augen blitzten von unheimlicher Glut. „Doch, Don Gaspar,“ lachte er plötzlich mit heiserer Stimme, indem er das Kanoe mit einem einzigen kräftigen Ruderschlag bis weit hinaus in die Strömung schießen ließ — „vortrefflich!“

„Alle Teufel!“ schrie Vockenheim, in dem ersten Moment mehr davon überrascht, daß der Stumme sprach, als noch mit einem anderen Gedanken beschäftigt, indem er halbherumfuhr und sich auf seinen rechten Ellbogen stützte, um den also entpuppten Diener anzusehen, der aber indes mit reißender Schnelle das schlafende Fahrzeug von der Landung abführte. Einen raschen Blick hatte dieser dabei über das untere Ufer geworfen, und ein triumphierendes Lächeln suchte um seine Lippen, als er nirgends mehr ein Kanoe am Ufer bemerken konnte. Es bedurfte keiner weiteren Vorsicht, denn seine Bahn war frei.

„Aber Pablo!“ rief Madame Vockenheim erschreckt, „der Indianer mit den Früchten ist ja noch auf dem Lande!“

„Kennt Ihr mich nicht, Don Gaspar?“ rief da Pablo. „Hat mich die Augenbinde, der abgestirte Bart und das kurz geschchnittene Haar so verändert, daß Ihr Euren alten Freund und Knecht nicht unter der Maske des Rajatenwärters gespürt habt?“

